

daran, wenn sich die Palästinenser nach 20 Jahren Verhandlungen mit Israel wieder direkt an die Völkergemeinschaft wenden? Sie könnten noch weitere 20 Jahre ohne Ergebnis weiterverhandeln, weil die israelische Regierung den Konflikt im Grunde gar nicht aus der Welt schaffen will. Ernst meinen es die Israelis nur, wenn es um zusätzlichen Landgewinn und den Ausbau der Siedlungen geht.

SPIEGEL: Sie unterstützen also die palästinensische Initiative?

Arabi: Unterstützen? Wir setzen uns mit aller Macht dafür ein.

SPIEGEL: Die Amerikaner haben für diesen Fall harte Konsequenzen angedroht ...

Arabi: Das ist eine inakzeptable Haltung, die wir nicht hinnehmen! Das stärkste und reichste Land der Welt ist nicht fähig, sich festzulegen. Stattdessen schreibt ihnen jemand aus Tel Aviv oder Jerusalem vor, was sie zu tun haben.

SPIEGEL: Wird diese Haltung nicht zu Spannungen zwischen der Arabischen Liga und den USA führen?

Arabi: Ich hoffe nicht, dass es dazu kommt. Wenn die Amerikaner ihre vor vielen Jahren gemachten Versprechungen erfüllt und die Israelis zu ernsthaften Verhandlungen gezwungen hätten, wäre das Problem längst gelöst.

SPIEGEL: Auch die Bundesregierung hat angekündigt, den Plan der Palästinenser nicht zu unterstützen.

Arabi: Ich habe gehört, was Angela Merkel sagte. Sie verwies auf die besondere Verantwortung der Deutschen gegenüber den Juden. Doch die Deutschen tragen auch Verantwortung für die Palästinenser.

SPIEGEL: Auch die radikal-islamische Hamas, die im Gaza-Streifen an der Macht ist, erkennt Israel nicht an.

Arabi: Hat Israel die Hamas anerkannt? So etwas beruht auf Gegenseitigkeit.

SPIEGEL: Aber die Islamisten im Gaza-Streifen feuern schließlich Raketen auf israelische Städte.

Arabi: Das darf nicht sein, das ist falsch, und das sagen wir ihnen auch. Palästinenserpräsident Mahmud Abbas beschwört sie täglich, den Raketenbeschuss nicht länger zuzulassen. Tatsache ist, dass es auf beiden Seiten Extremisten gibt.

SPIEGEL: Wird es wegen Palästina jemals wieder zu einem Krieg zwischen einem arabischen Staat und Israel kommen?

Arabi: Vollkommen ausgeschlossen.

SPIEGEL: Sie haben den Posten als Generalsekretär vor zwei Monaten in einer turbulenten Zeit angetreten. Halten Sie es für möglich, dass Sie Ihr Amt aufgeben, wenn der Druck unerträglich wird?

Arabi: Ja, durchaus. Das liegt in meiner Natur. Ich bin in der Tat nicht sicher, ob ich das noch lange aushalten kann.

INTERVIEW: CHRISTOPH SYDOW,
VOLKHARD WINDFUHR



Sozialist Strauss-Kahn, Ehefrau in Washington: Lächerlicher Absturz

FRANKREICH

Der gefallene Sohn

Die Heimkehr von Dominique Strauss-Kahn belastet den Präsidentschaftswahlkampf. Die Sozialisten üben sich in vorsichtigen Absetzbewegungen.

Ein politisch Totgesagter hält die Lebenden in Atem. Alle redeten über ihn, warteten auf ihn, starteten auf ihn, als hinge von seiner wundersamen und doch unheimlichen Wiederauferstehung Wohl und Wehe der Nation ab.

Ganz Frankreich schien vorige Woche in einem surrealistischen Countdown der angekündigten Rückkehr des gefallenen Sohnes Dominique Strauss-Kahn entgegenzueifern. Am Donnerstag wurde der Startschuss wie zur ersten Etappe einer Tour de France besonderer Art vermeldet: DSK und seine ebenso treue wie duldsame Frau Anne Sinclair hatten da gerade ihr Anwesen in Washington verlassen; das Air-France-Ticket war gebucht.

Was würde der Heimkehrer sagen? In welcher Rolle würde er zurückkommen? Als Triumphierender, den Klauen der US-Justiz entronnen? Oder als Demütiger, der nicht freigesprochen und schon gar nicht für unschuldig erklärt ist, sondern seinen spektakulären, aber auch lächerlichen Absturz allein sich selbst zuzuschreiben hat?

Präsident Frankreichs kann Strauss-Kahn im nächsten Frühjahr nicht mehr werden, auch wenn er vor seiner Begegnung mit dem Zimmermädchen Nafissatou Diallo in einer New Yorker Hotel-suite Mitte Mai als geradezu unschlagbar

galt. Nun liegt sein Schatten dunkel wie der eines außerirdischen Raumschiffs über dem Wahlkampf, der jetzt beginnt. Und in ihm verdüstern sich ganz besonders die Aussichten der vier Männer und zwei Frauen, die im Oktober in einer Urwahl der Sozialistischen Partei den Fahnenträger der Linken für den Kampf um den Elysée-Palast bestimmen wollen.

Denn sie treten allesamt als zweite Wahl an, als Ersatz minderer Güte für den Supermann, der sie zu einem strahlenden und vermutlich sicheren Sieg hätte führen sollen. Das Unbehagen ist deshalb groß und die Heuchelei in der Vorfreude auf den Wiedergänger DSK so offensichtlich wie bedrückend.

So wie die Umfragen stehen, haben nur zwei der sechs Anwärter eine realistische Chance, zum Herausforderer des Amtsinhabers Nicolas Sarkozy ausgerufen zu werden: Martine Aubry, 61, bis zu ihrer Kandidatur Parteivorsitzende der Sozialisten und Tochter des inzwischen nostalgisch verklärten Europapolitikers Jacques Delors. Und François Hollande, 57, Aubrys Vorgänger als Sozialistenchef und Ex-Partner von Ségolène Royal, der anderen Kandidatin.

Für Aubry ist der Wirbel um DSK am schädlichsten. Vor dessen Fehltritt in New

York hatte sie einen stillschweigenden Pakt mit Strauss-Kahn geschlossen: Sie wollte ihm das Tor zur Siegesstraße offenhalten und selbst nicht kandidieren. Nun steht sie als Lückenfüllerin wider Willen da, hin und her gerissen zwischen Loyalität und Emanzipation. Eine Frau überdies, deren Worte von den Wählerinnen besonders gewogen werden, wenn sie, wie geschehen, Freude über die Einstellung des Verfahrens gegen Strauss-Kahn in New York äußert.

An der Unschuldsvermutung festzuhalten, ohne das Verhalten des notorischen Frauenbedränglers zu entschuldigen, das ist ein nahezu unmöglicher Akt politischer und moralischer Äquilibristik. Vorige Woche versuchte Aubry es trotzdem und drehte Pirouetten dabei. Erst erklärte sie, sie denke „das Gleiche wie viele Frauen über die Haltung von DSK gegenüber Frauen“ – eine fast grotesk gewundene Kritik, ergänzt durch die Untertreibung, Strauss-Kahns Verhalten habe „manche schockiert, ich kann das verstehen“.

War das alles? Offenbar schon zu viel. Kaum waren die Worte gefallen, rief sie unbeeindruckte DSK-Freunde in der Partei an und warb um Verständnis für ihre zaghaften Absetzbewegungen. Dabei stellte sie heraus, dass der Ex-Angeklagte Strauss-Kahn in seiner erzwungenen Klausur in Washington und New York sorgfältig Buch führte über alle Äußerungen, die seine Genossen daheim machten.

„Wir haben darüber gesprochen“, gestand sie, „er hat auch mit mir über mich gesprochen, über das, was er mir vorwerfen konnte. Wenn man befreundet ist, spricht man über alles.“

Eine selbstbewusste Kandidatin klingt anders. Ihr Konkurrent Hollande, der in letzten Umfragen 14 Punkte vor Aubry liegt, ließ sich diese Gelegenheit nicht entgehen. „Nach all diesen Erklärungen unverbrüchlicher Freundschaft zwischen Martine und Dominique und den regelmäßigen Auskünften über ihre täglichen telefonischen Unterhaltungen“, so hieß es aus seiner Umgebung, „waren wir etwas überrascht über die Worte von Martine.“

Hollande steht als derzeitiger Favorit nur scheinbar bequem da. Er hatte seine Kandidatur schon erklärt, bevor Strauss-Kahn vom Staatsanwalt in New York daran gehindert wurde, sich der Urwahl zu stellen. Doch diese Unabhängigkeit kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass er gegen einen unbelasteten DSK wohl keine echte Chance gehabt hätte.

Lange fehlte es Hollande in den Augen der Öffentlichkeit an Seriosität, er galt vor allem

als unterhaltsamer Redner, schlagfertig, ironisch, geistreich, dem guten Leben und der intellektuellen Leichtigkeit zugetan. Mit einer asketischen Abmagerungskur versuchte er, präsidentiale Statur zu gewinnen. Weit mehr als Aubry stellt er seine Persönlichkeit in den Mittelpunkt, muss sich von der Konkurrentin aber sagen lassen, dass er keine Regierungserfahrung habe, weil er nie Minister war und ihr noch dazu die Partei als erbärmlichen Kadaver hinterlassen habe. Unablässig zitiert Aubry im beginnenden Wahlkampf die „vier Prioritäten von Martine“: Beschäftigung, Bildung, Kaufkraft, innere Sicherheit.

Auch ohne die Einmischung von Strauss-Kahn zwingt das Verfahren der Kandidaten-Auslese die Sozialisten zu einem seltsamen Schattenkampf. Die sechs Bewerber müssen direkte Angriffe aufeinander vermeiden, weil sie ja anschließend gemeinsam Sarkozy schlagen wollen. Zugleich muss jeder seine Differenzen und Eigenarten herausstellen – gegen die anderen, denn eine Wahl ist immer ein Vergleich, der aber hier nur implizit gezogen werden kann. Das grenzt an absurdes Theater. „Meine Tochter ist die Beste“, verkündete der alte Helmut-Kohl-Freund und frühere EU-Kommissionspräsident Jacques Delors. „Als Vater hat er das Recht, das zu sagen“, entgegnete Hollande darauf.

So beschleicht die Sozialisten inzwischen eine leise Beklemmung. Sie hatten sich beste Chancen ausgerechnet, den unter Popularitätsschwund leidenden Sarkozy verjagen zu können, und noch bestärken die Umfragen sie darin: Sowohl Hollande wie Aubry würden gegen den amtierenden Präsidenten gewinnen. Der aber bleibt erstaunlich gelassen und wartet, ganz gegen sein Temperament, ruhig ab. Seinen Wahlkampf will er erst Anfang nächsten Jahres beginnen.

Bis dahin tut er, was ein Präsident tun muss: Er präsidiert, mal als Euro-Krisenmanager an der Seite von Angela Merkel, mal als wehrhafter Streiter für die unter-

drückten Völker in der arabischen Welt an der Seite von David Cameron und Barack Obama. „Zum ersten Mal haben die Europäer in Libyen bewiesen, dass sie fähig waren, in einem Konflikt zu intervenieren, der vor ihrer Tür ausbrach“, pries er die Rolle Frankreichs vor seinen versammelten Botschaftern vorige Woche im Elysée.

Der Präsident ist überzeugt, dass es in turbulenten Zeiten wie den gegenwärtigen am Ende vor allem auf eines ankommt: Glaubwürdigkeit. Damit konnte er nicht immer protzen, aber inzwischen sind die Zeiten andere.

Minderwertigkeitskomplexe, die ihn früher plagten, etwa gegenüber seinem Vorgänger Jacques Chirac, hat er abgelegt. Ohne Aubry und Hollande zu unterschätzen, hält er die eine für altmodisch, den anderen für zu wenig charismatisch.

„Wenn man Zahnschmerzen hat“, so kommentierte einer seiner Berater die Wirtschafts- und Finanzprobleme, „geht man nicht zu einem neuen Arzt, sondern zu dem Mann, der sein Können schon bewiesen hat.“

Gerüchte über die vielen Leichen, die Sarkozy angeblich im Keller habe, geschildert in einem am vergangenen Donnerstag mit viel Getöse erschienenen Buch („Sarko m'a tué“, „Sarko hat mich getötet“), erwiesen sich vorerst als nicht brandgefährlich. Der Elysée ließ dementieren, dass Sarkozy Bargeld in Umschlagen entgegengenommen habe. Die Krankenschwester der reichen L'Oréal-Erbin Liliane Bettencourt, die im Buch zitiert wird, wollte ihre Aussage nicht bestätigen.

So bleibt Sarkozy tatsächlich der Einzige, der Strauss-Kahn souverän ignorieren kann. Nicht einmal als ausgewiesener Finanzexperte, glaubt er, könne der ihm gefährlich werden. Bei seinem Abschied von den Mitarbeitern des Internationalen Währungsfonds in Washington rühmte Strauss-Kahn seine von Sarkozy entsandte Nachfolgerin Christine Lagarde als großartige Wahl. Und entschuldigte sich gleich mehrmals für seinen „Fehler“ und die Folgen.

Die meisten Sozialisten hoffen, dass er es auch in Frankreich so halten wird. Der Abgeordnete Arnaud Montebourg, einer der sechs Bewerber für die Präsidentschaftskandidatur, ein Mann mit einem Urteil, so scharf wie das von Robespierre, hat es so ausgedrückt: Strauss-Kahn solle sich für den Schaden entschuldigen, den er in der Linken gestiftet habe. Und danach einfach den Mund halten.

ROMAIN LEICK



Kandidaten Aubry, Hollande: Ersatz milderer Güte